

Von lebenswichtiger Bedeutung für unser Land und unsere Bürger ist, die Koalitionsregierung Modrow zu stützen. Wir müssen uns alle darüber im klaren sein: Von dieser Regierung hängt maßgeblich ab, ob unser Staatsschiff an den Riffen der Anarchie und der Vereinnahmung durch die BRD vorbeisteuert und wieder freie Fahrt in tiefen Gewässern aufnehmen kann. Diese Regierung, in der kompetente Persönlichkeiten aus fünf Parteien erstmals seit Jahrzehnten in voller Gleichberechtigung zusammenwirken, ist unerlässlich, um die DDR aus der Talsohle zu führen und das Recht auf Arbeit für jeden Bürger auch 1990 und in den folgenden Jahren zu sichern. In einer Zeit, in der die Existenz der DDR auf das äußerste bedroht ist, verdient die Koalitionsregierung die Unterstützung der ganzen Partei. *(Beifall)*

Das Wirksamste, was jeder für die Regierung tun kann, ist sein Beitrag zum Funktionieren der Volkswirtschaft auch in extremen Situationen. Wir rufen alle Genossen auf, am eigenen Arbeitsplatz für Verlässlichkeit und Disziplin zu sorgen, besonders dort, wo es um die Sicherung der Versorgung und Betreuung der Bürger geht. Wir bitten alle Genossen, die Maßnahmen und Vorschläge der Regierung in ihren Arbeitskollektiven loyal zu diskutieren, ohne die eigene, vielleicht abweichende Meinung zu verleugnen.

Umgekehrt erwarten wir von der Regierung besonnenes, aber auch zügiges und konsequentes Handeln. Das betrifft weitere Maßnahmen zum Schutz unserer Währung, die Arbeit am Plan 1990 und Maßnahmen gegen einen Ausverkauf unseres Landes, insbesondere wenn man die Grenzen auch in der anderen Richtung öffnet. *(Beifall)*

Wir erhoffen und erwarten diesbezüglich auch Ergebnisse von den Verhandlungen zwischen Ministerpräsident Modrow und Bundeskanzler Kohl.¹⁸¹

Wir müssen darauf drängen, daß alle notwendigen Vorkehrungen im Kampf gegen Gesetzlosigkeit, Gewalt, Verunglimpfung und besonders zur Abwehr neofaschistischer Tendenzen getroffen werden. Dazu gehört, Selbstjustiz gegen SED-Mitglieder oder ehemalige Mitarbeiter des MfS oder jeden anderen Bürger nicht zuzulassen. *(Beifall)*

Ich wiederhole: Pogrome sind eines Kulturvolkes und eines Rechtsstaates unwürdig und erfordern schärfste Zurückweisung und, wenn notwendig, auch entschlossenes staatliches Handeln. *(Beifall)*

Unsere Regierung kann sich hier, wie die vergangenen Wochen gezeigt haben, auf einen breiten Konsens mit allen Gutwilligen stützen.

Zwingend erforderlich ist es, daß die Vorstände der Partei in den Bezirken und Kreisen helfen, die Arbeitsfähigkeit der Volkskammerfraktion bis zur Neuwahl am 6. Mai zu sichern.¹⁸² Die Arbeitsfähigkeit der Fraktion unserer Partei in der Volkskammer wie auch die unserer Fraktionen in den örtlichen Parlamenten ist Voraussetzung für die weitere Arbeit der Volksvertretungen überhaupt. Die

181 Vgl. Anm. 172.

182 Vgl. Anm. 110.